

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler



56. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. — Nur Postbezug. Erscheinungstag: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 24. August 1918

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Lebensanzeigen 20 Pf. die fünfzeilige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 98

### Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Kritik: Licht und Schatten.  
Wohnungsfragen: Wohnungsnot am Ende des Krieges. — Mietswucher. — Kongresse.  
Gedankenschrift: Fleisch.  
Korrespondenzen: Düsseldorf. — Essen. — Krefeld. — Leipzig (Schr.).  
Münster i. W. — Pößneck. — Waldenburg. — Würzburg. — Zwickau.  
Nachschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Die Buchdrucker als Schwer- und Schmerzarbeiter. — Ferien! — Schulgebührenprüfungen in Berlin. — Zeitungsjubiläum. — Weitere Konzentration im Schriftgießergewerbe. — Feuerungsanlagen für die Buchbindereibteilungen der Buchdruckereien und Geschäftsbüchereien in Berlin. — Der Verband der Lithographen. — Steinbrücker usw. im Jahre 1917. — Die Zahl der Kriegsbekämpften. — Freie Bahn dem Tüchtigen!

### □ □ □ Licht und Schatten □ □ □ Gedanken und Betrachtungen eines leidenden Kollegen

Aber des bluttriefenden Kriegsdrames sinken Müttern die Vorhänge aufgezogen. Ob es der letzte dieses grauenhaften Geschehens ist, von dem jeder ein volles Jahr des Mordens und des Leidens darstellt?

Die Szenerie dieses fünften Aktes ist dieselbe wie seit vier Jahren, nur noch um einige Grade schwärzer und erschütternder. Im Vordergrund stehen ungläublicher Verzweiflungsaumel und Unterjochungsdrang, gepaart mit den unerhörtesten Ausbrüchen von Wut und Haß. Am besten Licht der Kampfe dieser Weltbühne aber der Tanz um das goldene Kalb; die Kadaver, die die eigenen Volksgenossen bis zum letzten Blutstropfen ausstarben. Gelächter wird über die Leiden auf dem Schlachtfeld im breiten Hintergrunde hinweggelesen, wo die Völker im Zerrenschmelzen derurchbarsten Mordmehlboden sich verbluten, wo beim Geben des zum Leben Nöthigsten in harter Fron die Waffen geschmiedet werden müssen, womit — für was und für wen? — die Freiheit und Gerechtigkeit dieser Welt erlöschten werden soll.

Und das alles in der kulturwangeren Zeitperiode des zwanzigsten Jahrhunderts! Reichen denn die Güter dieser Erde nicht mehr aus, daß sich die Völker Platz schaffen müssen, indem sie die Blüte ihrer Kräfte mordeten und verstümmelten, die andern aber dem Elend und dem Hunger preisgeben bis zur völligen Erschöpfung? Generationen haben an den Milliarden und den Kriegsschäden zu fragen. Können wir die gewaltigen Mittel und Kräfte zum Aufbauen angelegt, die Erde wäre fast in ein Paradies zu verwandeln. . . .

Die Zahl der Blutopfer steigt ins Ungeheuerliche. Entkräftung, Not und Elend der Überlebenden steigern sich ins Unerträglich. Von Hunger und Entbehrung gequält, zerrissen und zerklüftet, in bitterster Armut gekostet, schleppen sich die Frauen und Kinder und Greise von einem Tage zum andern durch das traurige Leben. Noch nie hat sich ein vollständigerer Vorwurf, ein Bild des Menschheitsjamers auszumalen, als wie im düsteren Schatten dieser schwarzen Tage. Noch nie sind die sozialen Unterschiede der menschlichen Gesellschaft krasser bloßgelegt worden. Noch nie hat sich bessere Gelegenheit, zu leben, wie ungleich Licht und Schatten auf der Erde verteilt sind. Im diesem Kriegswirrwalle piegelt sich alles, alles, was der Menschheit zur Unehre gereicht. Wird denn kein Helfer erwachen, der der Vernunft einen Weg weist, um aus diesem Straf herauszukommen?

Frage ist das eine: die Arbeiterklasse hat aus diesem Kriege, der für sie eine Lebenszeit sondergleichen ist, viel lernen können. Es ist einem jeden zum Bewußtsein gekommen, daß es mit dem System der Entzweiung und Anechtung nicht weitergehen kann. Weder im Leben der Völker untereinander, noch im Leben des einzelnen Volkes. Wir können und dürfen uns nicht erdröseln lassen, um die Brocken sammeln zu müssen, die vom Tische der Herren fallen. Wir haben dieselben Ansprüche an das Leben und die gleichen Rechte auf die Güter der Welt wie die andern Völker.

Dasselbe gilt auch vom inneren Volksleben. Die Anrechte auf die staatsbürgerliche Gleichberechtigung werden sich nicht müde in die Wirklichkeit umsetzen. In dem Bestreben, Licht und Schatten gleichmäßig zu verteilen, müssen wir mit geistiger Kraft, die alles vermag, planmäßig, Schritt um Schritt vorwärtsstreifen. Nicht Kraftmeierei und blinder Putschismus sind die Mittel zum Zweck. Das lehrt uns das russische Beispiel, das sich die zu Bergen nehmen sollten, die da glauben, mit unzer-

nünftigen Gesten die Welt aus den Angeln heben zu können. . . .

Schauen wir uns nach diesen allgemeinen Betrachtungen einmal im Garten unserer Buchdruckergemeinschaft um. Die leidenden Kollegen, die bereits im fünften Jahr ihrem Berufe fern sind, müssen sich wie Fremdlinge vorfinden, wenn sie an einem Sonntag vorbeizugehen Gelegenheit haben. Wie ein Traum muß es ihnen erscheinen, daß man einst der edlen Typographia gebührend haben soll. Daß dem aber nicht so ist, das verdanken wir in erster Linie unserm „Korr.“, der es mir nicht übernehmen möge, daß ich seinen schmalen Raum in Anspruch nehme. Daß mancher, der früher den „Korr.“ nur dem Namen nach kannte, jetzt auf das Erscheinen seines Verbandsorgans förmlich brennt, ist eine gute Frucht des Krieges. Aus dem „Korr.“ haben wir ersehen, daß sich bei unserm Buchdruckergewerbe in der Kriegszeit Licht und Schatten abspilt nicht die Waage halten, sondern daß der letztere stärker ist, daß der Buchdruck in eine prekäre Lage geraten ist. Wohl weist die Geschichte unser Kunst seit der Erfindung durch den hochverehrten Ahnherrn viel frühe Blätter auf, aber die Geschichte unfres Gewerbes in diesem Kriege wird das früheste Kapitel sein.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, ist das Gewerbe in eine Misere verfallen gebrängt worden. Heute regiert nur Mars die Stunde, da ist für Regungen der Kunst nicht viel Raum, und auch die siebente Grobmacht, einer der stärksten Träger unserer Kultur, ist geknebelt durch die Papiernot und die Zensur. Diese unerfreulichen Verhältnisse haben es auch mitverschuldet, daß unre zureichende Kollegen nicht nur durch die traurigen Kriegsverhältnisse im allgemeinen, sondern durch die schmerzlichen persönlichen Verhältnisse noch im besonderen zu einer beklagenswerten Lebenslage gekommen ist. Das wird während des Krieges leider nicht besser werden, denn alles, was nicht unmittelbar dem Moloch Kriegsindeffizienz dienbar ist, entbehrt der besonderen Fürsorge und Förderung durch die Behörden. Aber eine Hand wäscht die andre: da sollte man nicht länger mehr Rücksichten walten lassen in der Bezahlung der behördlichen Aufträge. Wenn nach andern Seiten, gezwungen oder ungezwungen, sich wachlos der Nervus rerum ergeht, dann sollte sich auch die Prinzipalität bei uns eine angemessene Bezahlung ihrer Leistungen erzwängen.

Das erfreuliche Zeichen unentwurzelbarer Lebenskraft unfres Verbandes wie der Tarifgemeinschaft ist aber trotz aller Trübsal in den letzten Monaten wieder hervorgetreten. Die impotente Tagung in Würzburg und der Erfolg der Berliner Feuerungsulagenverhandlungen sind unübler Lichtblicke an dem mit schwarzen Schatten umzogenen Horizont des buchdruckerischen Kriegeslebens. Es ist fröhlicher, wieder aufzubauen als niederzuerleben. Das kann ohne jede Voreingenommenheit gesagt werden, das lehrt uns auch der an allem Anteil schuldige Krieg. Auf dem Wege der gegenseitigen Verständigung kommt man weiter, das mögen die Murrenden im Lager der Prinzipalität wie in der Kollegenchaft bedenken. Beide Teile sind auf sich angewiesen und beiderseitiges Entgegenkommen die Voraussetzung erprobtesten Zusammenarbeitens. Zweifellos ist die Kollegenchaft der schlechter gestellte Teil. Weitmöglichstes soziales Verständnis von der andern Seite sollte somit die selbstverständliche Voraussetzung sein; noch dazu in einer Zeit, wo das Barometer sich von Tag zu Tag für die Kollegen immer mehr dem schlechten Wetter neigt. Die Erkenntnis sollte aber auch allgemein sein, daß es für die Prinzipalität unmöglich ist, ganz für die Nachlässigkeit der Behörden den durchfahrenden Sünden der Kriegsgewinnler, der Wucherer und Volksausbeuter gegenüber zu büßen.

Ein erfreulicher Lichtblick ist die Rubrik im „Korr.“ über die nachahmenswerten Beispiele. Können und wünschen wir, daß dieselbe sich immer mehr ausweitet. Die Firmen, die die schwierige Lage ihrer Gehilfen einer materiellen Würdigung unterziehen, fördern damit auch die Erhaltung und den Fortschritt des ganzen Gewerbes — für das doch wieder einmal, ebenso wie für uns alle, bessere Tage andbrechen müssen!

### □ □ □ □ Wohnungsfragen □ □ □ □

Wohnungsnot am Ende des Krieges.  
Kaile die Wohnungsfrage vor dem Kriege schon die Öffentlichkeit in steigendem Maße beschäftigt, so wird sich dieselbe bei Friedensschluß als eine der dring-

lichsten und schwierigsten Probleme gestalten. Niemand ist zwar inkande, das Ende des Krieges zu prophezeien, wie ja auch kein Mensch über die plötzliche oder allmähliche Heimkehr der Krieger bestimmte Angaben jetzt zu machen in der Lage ist. Trotzdem ist es möglich, daß der schließlich erhoffte Frieden in absehbarer Zeit aufzude kommt. Wenn dann nicht Wohnungen für die Heimkehrenden beschafft worden sind, werden unerträgliche Zustände eintreten. Es muß also beseitigt und mit allem Nachdrucke gesorgt werden. Allerdings gibt es auch in dieser Hinsicht Optimisten, die zwar nur vereinzelt ihre Stimmen hören lassen, aber immerhin einige Beachtung verdienen. Im „Leipziger Tageblatt“ ist z. B. zu lesen, daß die jetzige Wohnungsnot größtenteils die Folge einer Maßnahme ist, die mit Kriegsende aufhören wird. Durch die Verpflanzung von vielen Hunderttausenden von Arbeitskräften in andre Orte, die aber neben ihren neuen Wohnungen die alten beibehalten, ferner durch wesentliche Erhöhung der Einkommen sei gegenwärtig eine erhebliche Steigerung des Wohnungsanspruchs zu verzeichnen. Auch die hohe Zahl der viele Monate, ja Jahre in Heimatgarnisonen, aber außerhalb ihres Friedensortes befindlichen Militärpersonen frage viel zur Wohnungsnot bei. Nach dem Kriege würden zwar sieben Prozent der Bevölkerung zurückkehren, die aber zum größten Teil ihre Wohnungen noch innehaben, der Rest sei jedoch kleiner als der Rückgang der Bevölkerung und kleiner als das Wohnungsangebot nach dem Kriege. Die Senkung der jetzigen Löhne werde die Zahl der leerstehenden Wohnungen schneller vermehren als der Neubau, welcher Jahre in Anspruch nehmen würde. Wenn man bedenkt, daß diese Anstellung in einem nationalliberalen Organ vertreten wird, so kann man sie verstehen: Zutreffend sind sie aber insofern nicht, als die Leute — Zivil- wie Militärpersonen —, welche anderwärts ihr Domizil aufzuschlagen gezwungen sind, in den meisten Fällen nicht doppelte Wohnungen unterhalten, sondern sich mit einzelnen Zimmern behelfen, und daß das gesteigerte Einkommen in den meisten Fällen keineswegs zum Bezahnen zweier Wohnungen veranlaßt, sondern kaum zur Befreiung des Notwendigsten ausreicht. Durch die gegenwärtige umfangreiche Sterblichkeit werden allerdings große Lücken in den einzelnen Familien gerissen, die Familien selbst aber nicht vermindert. Die Kriegsgetaugten und neu hinzugekommenen Familien werden sich infolge der Wohnnot mit notdürftig ausgestatteten Räumen begnügen müssen, aber der Wohnungsmangel wird dadurch in keiner Weise beeinflusst werden. Dieser wird vielmehr, je länger der Krieg und je länger die Stilllegung des Wohnungsbaues andauert, desto fühlbarer werden. Es sei bei dieser Gelegenheit an die Zeit nach dem Kriege 1870/71 erinnert, in welcher Zeit es allein in Berlin (ein halbes Jahr nach dem Friedensschluß) über 10000 Obdachlose gab. Und das war nach einem verhältnismäßig kurzen Krieg; es fehlte weder an Geld noch an Rohmaterialien, noch an schaffenden Händen, die auch während des Krieges nicht ganz geruht hatten. Um wieviel schlimmer und trostloser wird es nach diesem unglückseligen Kriege hinsichtlich der Wohnungsnot aussehen?!

### Mietswucher.

Die Steigerung der Wohnungsmiete steht bereits jetzt in voller Blüte. Konnte man vor dem Kriege von einem sorgfältigen Kampfe zwischen Hauswirt und Mieter reden, so haben die Interessengegensätze während des Krieges noch viel schärfere Formen angenommen und drohen nicht nur durch eigenartige Hausordnungsvorschriften, die teilweise zu Schiffen ausarten, sondern vor allem durch gewaltige Mietssteigerungen dem Falle den Boden auszuweichen. Die Hauswirte berechnen ihre Mehrkosten auf mindestens 30—40 Proz. und halten eine Erhöhung der Wohnungsmieten in dieser Höhe für angemessen. Ohne weiteres muß zugegeben werden, daß durch Verteuerung der Materialien und durch Steigerung der Arbeitslöhne die Reparaturkosten wesentlich höhere geworden sind, daß auch die Hypothekenzinsen gestiegen sind, aber diese Mehrkosten rechtfertigen doch bei weitem nicht eine derartig hohe Steigerung. Es kommt ferner hinzu, daß die Ausbeuerung der Wohnungen zum großen Teile auf Vertrag nicht vom Wirt, sondern vom Mieter veranlaßt und bezahlt werden muß sowie, daß in der Jetztzeit notwendige Reparaturen monate-, wenn nicht jahrelang unterbleiben.

Mit welchen Erhöhungen die Hausbesitzer rechnen und was für Begründungen dafür gegeben werden, sei an einem Beispiel aus Mariendorf bei Berlin illustriert, wo

einer Mietfelergerung ein gedrucktes Muster des Haus- und Grundbesitzers beigefügt wird. Dasselbe lautet: Wollte und könnte man bei den heutigen Verhältnissen ein Grundstück neu erbauen, so würden sich nach genauen Berechnungen die Mieten für eine mittlere Zweizimmerwohnung auf 1000 Mk. etwa und für drei Zimmer auf 1500 Mk. etwa stellen müssen. So sind die Preise für Eisen, Holz, Steine und alle Materialien gestiegen. Es gibt daher keinen andern Ausweg, als einen Ausgleich in der Erhöhung der Mieten zu suchen. Die Frage, ob infolge übermäßiger Mietfelergerung ein Verfahren wegen Kriegswuchers eingeleitet werden kann, ist noch nicht definitiv entschieden, da das Reichsgericht bis jetzt keine Stellung dazu genommen hat. Das Kriegs-ernährungsamt, das nicht nur in Fragen der Lebensmittel, sondern in allen Punkten des Kriegswirtschaftsrechts aufständig ist, hat die Frage bejaht, vom Oberlandesgericht Nürnberg ist ein diesbezügliches Urteil jedoch in vereinerndem Sinn ausgefallen. Die Forderungen der Hausbesitzer, die neben den Mietfelergerungen auch in dem Zurückziehen der Mietnachlässe bestehen, werden zum Teil durch den Druck der Kündigung durchzusetzen verlohnt. Es empfiehlt sich, bei jeder größeren Differenz des Mieters mit dem Hausbesitzer das Mieteinigungsamt, welches ja in allen größeren Städten vorhanden ist, anzurufen. Besonders sei davor gewarnt, liberale Zugeständnisse zu machen; schriftliche Vereinbarungen sollten nur „bis auf weiteres“ abgeschlossen werden. Außergewöhnliche Mietfelergerungen oder solche, die hintereinander vorgenommen werden, werden von diesen Ämtern zweifellos in Erwägung gezogen, so daß dem Wohnungswucher auf diese Weise wenigstens einigermaßen Einhalt geboten werden kann. Daß in dieser Hinsicht noch mehr geschehen muß, ist selbstverständlich. Anerkennungswert ist der einstimmig gefasste Beschluß der bayerischen Kammer, wonach die Regierung erucht wird, bis zur allgemeinen Regelung durch das Reich sich mit den drei bayerischen Generalkommandos ins Benehmen zu setzen, um unbedeutende Mietfelergerungen zu verhindern.

Als Hauptursachen der Mietfelergerungen kommen außer den Fragen über Materialerhöhung, Steigerung der Arbeitslöhne usw. noch in Betracht: Käuferverkauf aus gewinnstrebigen Gründen sowie grundlose Wohnungsaufkündigung. Der wirksamste Schutz gegen den Mietswucher wäre die Erbauung zahlreicher Häuser mit Kleinwohnungen. Mit der letzteren Möglichkeit ist jedoch in absehbarer Zeit nicht zu rechnen, und so bleibt vorerhand nichts andres übrig, als sich an die Generalkommandos zu wenden mit dem Ersuchen, die ungerechtfertigten Mietfelergerungen unmöglich zu machen.

### Kongresse.

In letzter Zeit haben sich verschiedene Kongresse mit der Wohnungsfrage sowie mit dem zu löbenden erweiterten Schutze der Mieter bzw. mit der Abänderung der Mietrechtsverordnung vom 26. Juli 1917 beschäftigt. Am 5. Juli fand im Rathaus zu Frankfurt a. M. eine Tagung der Mieteinigungsämter statt, zu der die Regierungen der Bundesstaaten und 160 Städte Vertreter entsandt hatten. Magistratsrat Dr. Dietrich (Stettin) und Rechtsanwalt Dr. Rumpf (Frankfurt a. M.) hatten Referate übernommen. Die Redner legten der Versammlung Leitfäden vor, in welchen den Mieteinigungsämtern Anerkennung gezollt, gleichzeitig aber auch verlangt wird, daß in allen Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern derartige Ämter einzurichten seien. Alle Mietfelergerungen, einerlei, ob es sich um den Abschluß eines neuen Mietverhältnisses oder um die Fortsetzung eines bestehenden Mietverhältnisses handelt, sollen der Genehmigung des Einigungsamtes bedürfen. Das Mieteinigungsamt soll nach billigem Ermessen unter besonderer Berücksichtigung der tatsächlichen Mehraufwendung des Vermieters entscheiden. Die Diskussion gestaltete sich sehr lebhaft. Auf den Einwand, daß es doch unangebracht wäre, vom Einigungsamt eine Entscheidung treffen zu lassen, wenn Mieter und Vermieter im höchsten Einvernehmen stehen, wurde sehr richtig erwidert, daß die Wohnungsnot den Mieter der wirtschaftlichen Macht des Vermieters aussehe. Eine Abstimmung über die Leitfäden wurde nicht vorgenommen. Man einigte sich dahingehend, daß die Landesgeneralbehörden berechtigt sein sollen, den Gemeindebehörden das Recht einzuräumen, alle Mietfelergerungen von der vorherigen Genehmigung der Mieteinigungsämter abhängig zu machen. Den Hausbesitzern soll Schutz gegen die Hypothekengläubiger gewährt werden. Vergleiche, welche von den Mieteinigungsämtern geschlossen werden, sollen vollstreckbar sein.

Der 30. Verbandstag des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzer Deutschlands fand am 11. und 12. August in Dresden statt. Im Vordergrund der Beratungen stand die Hausbesitz- und Wohnungsfrage in der Übergangszeit. Auf dieser Tagung wurden naturgemäß andre Lüne laut als in der vorstehend behandelten. Ein Sachverständiger führte aus, daß auch in den nächsten Friedensjahren die Erziehung von Wohnhäusern etwa dreimal so teuer sein werde als vor dem Kriege. Die Baustoffe will man, nach den Ausführungen dieses Sachverständigen, künstlich im Preise beschaffen. „Die Preise machen wir“, antwortete er, als ihm entgegengehalten wurde, daß ein derartiger Wucher von den Behörden schwerlich geduldet werde. Die fabrikmäßige Massenherstellung von Wohnhäusern wurde verworfen, die würde dem deutschen Individualismus Empfinden widersprechen. Ein sehr wirksames Mittel zur Vermeidung einer Wohnungsnot wurde empfohlen: Häfen die Felder nun schon vier Jahre mit der Erziehung eines eigenen Hausstandes warten müssen, so könnten sie auch noch länger warten, bis es wieder genau Wohnungen

gäbe. Bezeichnend ist ein Antrag, wonach der Mieter verpflichtet sein solle, im Fall einer Steigerung oder Kündigung sich erst mit dem Hausbesitzer in Verbindung zu setzen, bevor er das Mieteinigungsamt anruft. Dieser Antrag wurde zwar abgelehnt, zeigt aber, mit welchen Ängsten die Wohnungsnot von den Hausbesitzern angesehen wird. Ein anderer Antrag betraf, daß die Obdachlosigkeit für die Kriegesfamilien den Hausbesitzern abzunehmen sei. Aber diesen Antrag wurde nicht abgestimmt, dagegen fand das Münchener Verfahren in dieser Hinsicht allgemeinen Anklang. In dieser Stadt wird, wenn eine Kriegesfrau gefesselt wird und sie nicht in der Lage ist, den erhöhten Mietzins zu zahlen, vom Mieteinigungsamt festgesetzt, was sie zahlen kann; das Mehr übernimmt die Stadtgemeinde. Im allgemeinen stellte man sich auf den Standpunkt, daß die Lösung des Wohnungsproblems in der Hauptsache davon abhängt, wie sich die Löhne nach dem Kriege gestalten werden. Schließlich wurden Leitfäden beschlossen und Forderungen angenommen, die erkennen lassen, daß die Hausbesitzer gewonnen sind, sich weiter auf Kosten der Mieter zu bereichern.

In Stuttgart fand unter dem Voritze des Ministeriums des Innern eine Versammlung von Bürgermeistern, Landtagsabgeordneten, Vertretern der Mieteinigungsämter usw. statt, an der auch ein Vertreter des Kriegsministeriums teilnahm. Die Ergebnisse der Aussprache wurden in einem Entwurfe für eine Verfügung des stellvertretenden Generalkommandos verarbeitete, die Handhaben für zwangsweise Unterbringung Obdachloser, die Außerachtlassung der verschärften Mieterträge sowie gegen die maßlosen Mietfelergerungen bietet.

Schließlich wollen wir noch eine schon weiter zurückliegende Wohnungsreformkündigung der Deutschen Wohnungsaussschusses registrieren, die von einer großen Zahl von Organisationen, u. a. auch der Arbeiter- und Angestelltenbewegung, veranlaßt worden war. In dieser Kündigung wurde u. a. eine durchgreifende Wohnungs- und Siedlungsreform als ein unabwendbares Lebensbedürfnis unseres Volkes bezeichnet. Als wichtige Schritte der Wohnungsreform wurden gefordert: die Lösung der Bodenfrage, der Kapitalfrage, Verbesserung der Verwaltungorganisation für das Wohnungswesen durch Erziehung einer Zentralfstelle für die gesamte Wohnungsfürsorge im Reichsamte des Innern usw. rk.

## Ernährungswirtschaft

### Fleisch.

Der „Vorwärts“ sprach zu Anfang dieser ersten der vier bis Ende Oktober vorgezogenen und dann unter Ernährungsamt gewiß in Fortsetzung weiter verschlimmernden fleischlosen Wochen in einer Anwandlung von Galgenhumor vom „Berliner Karneval“. „Carnevale (Fleisch, Leder, Woll) ist die dem Mädelmännchen und der sogenannten stillen Zeit vorausgehende Kollifität, die in Köln, Mainz und München sich noch in „Reinkultur“ erhalten hat, vom Krieg allerdings auch zu den erledigten Sachen getan worden ist. Der „Berliner Karneval“ geht von entgegengesetzter, gar trüblicher Stimmung aus und mühte sichiger „Deutscher Arnenkarneval“ heißen. Denn das Gebot, den Schmauertreier noch enger zu schmalen, erstreckt sich über ganz Deutschland. Es trifft nur diejenigen nicht, denen ihr Geldbeutel erlaubt, mit Geflügel, Wild und Fisch den Leib zu zügel, wo auch die so harte sonntägliche Fleischration vom Tische verschwinden ist, sofern sie nicht durch Fleischkäuf „hinterrum“ vorgebaut haben und auch in der „fleischlosen“ noch über einen abwechslungsreichen Mittagsstich verfügen. Weiter können auch die ausgenommen sein, die Kaninchen oder Pferdefleisch zu noch höheren Preisen als sonst zu ergattern vermögen. Man kann sich kaum denken, wie da wieder die Konjunktur durch Wucherpreise ausgenutzt wird. Aus Berlin liegen schon Nachrichten vor, daß das Pfund Substanz 12 Mk. hinaufgetrieben worden ist. Aber was macht das denen aus, auf die das an sich unbillige Verbot, das Geld heutzutage keine Rolle mehr spielt, buchstäblich zutrifft. Die Hauptsache ist, daß man ihnen wie immer eine Extrawurk gelassen hat.

Nach den (unterschiedlich) langen Wochen, wo wir nur von Verkürzungen leben: kein Brot, bei den Kartoffeln, beim Obst und Gemüse, wozu letzteres allerdings jetzt besser und zum Teil ganz gut (Berlin) einläuft, kommt nun die Herrlichkeit der fleischlosen Wochen. Als im vergangenen September Dr. August Müller in Dresden eine Verbesserung in der Fleischversorgung ankündigte und diese Verbesserung sich dann für Sachsen verblüffend schnell erfüllte durch Herabsetzung der Fleischration auf 200 g bzw. 150 g, da 50 g fast ungenießbarer Kriegswurk genommen werden müssen, wobei es bis jetzt geblieben ist, wurden mit einmal auch fleischlose Wochen als ernsthafte Pflicht verlaufbar. Natürlich von Sachsen aus. Das Kriegsernährungsamt verblüffte diesen für Deutschlands Feinde ja nur ermutigenden Plan durch Überweisung höherer Rationen. In diesem Sommer nun ging der „Ruf vom Donnerhall“ von Bayern aus, allem gerade eine ungeheure Viehbergung durch unglücklich viele Gebirgsabteilungen am liebsten festgestellt worden war. Alsbald meldete sich das ernährungsstraurige Sachsen mit dem Anspruche, die fleischlosen Wochen bereits im vergangenen Jahre erlunden zu haben. Der Erfindertitel fand kein schnelleres Ende durch Proklamierung der fleischlosen Wochen durch die Zentralfstelle in Berlin, die, nun ohne Rücksicht auf die Konzentration im Auslande, damit wieder geizig hat, daß sie in neuen Einschränkungsmaßnahmen immer noch nicht am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt ist, während ihr Mantho an politischen Säcken immer größer wird.

Jetzt geben wir dem Ende der ersten fleischlosen Woche zu, und alle Ernährungsämter wie die große Zahl der Provinzialregierungen werden mit Befriedigung feststellen, daß der deutsche Stamm noch nicht ausgerotet ist. Schließlich wird von diesem Tragisch aus schon nach weiteren Beschreibungen geflüstert werden. Ist doch in einer vom „Leipziger Tageblatt“ jüngst veröffentlichten, von der Redaktion allerdings widerpropheten Zufahrt der unheimliche Gedanke erörtert worden, die Fleischmahlung überhaupt einzustellen. Mit widerlicher Inaufrichtigkeit wurde da noch kommoder besserer Milch- und Butterversorgung gesprochen. Als ob darauf ein vernünftiger Mensch etwas sagen würde! Mehr Milch und mehr Butter bekämen leblich die, denen es auch bisher nicht daran gemangelt hat dank der Rundung ihres Gebilde. Die Landwirte aber, über deren Lage der Abgeordnete Streleman in den letzten Tagen einen nicht minder unaufrichtigen Artikel vom Stapel ließ, könnten so ihr Vieh später mit einem gewaltigen Preisaufschlage loswerden, wenn man von dem Extrem der völligen Fleischentziehung zu dem andern der Massenabflachtungen übergehen würde. Solche knalligen Widersprüche in der Ernährungsverwaltung haben wir bei den Schweinen ja schon erlebt. Der Erfahrungssatz, daß das Vieh fast bis zur Hälfte die wichtigsten menschlichen Nahrungsmittel, d. h. Getreide, Kartoffeln und andre Sachfrüchte, aufzehrt, besteht zwar immer, aber für unsere Ernährungsfragen doch nur nach Bedarf. Ist die Einrichtung der fleischlosen Wochen schon ein Zeugnis verminderter Verantwortungsgefühls gegenüber der Volksmasse, so der Plan gänzlicher Einstellung der Fleischernährung einfach von Gewissenlosigkeit diktiert. Der Hinweis auf die Vegetarier ist ebenso kramplos. Die Art und Weise, wie die vor dem Kriege mit Butter, Eiern und Fleisch sich für die Fleischentzückung entschädigten, das wäre jetzt für das ganze Volk ein erstrebenswerter Zustand lippigen Lebens.

Mußte es zu den fleischlosen Wochen und zur Verringerung der Fleischration um 50 g von Mitte August an kommen, wo die Fleischration nicht schon herabgesetzt war? Nein! Der Rindviehbestand beträgt jetzt noch 19-20 Millionen Stück in Deutschland. Die andern Vieharten sind nur noch in geringem Maße vorhanden. Nach den im letzten Ernährungsjahre mit der Verfüterung von Getreide und Kartoffeln gemachten schätzungen Erhebungen ist diese Viehmenge entschieden zu hoch. Aber das Gesamtimage der Landwirtschaft um die Erhaltung ihres Viehbestandes ist ja nicht ernst. Es soll nach einer sehr verpötelten Dementierung nicht wahr sein, daß die beliebte Konferenz im Ministerium des Innern in München gemachte Mitteilung über 400000 Stück schwarzgeschlachtetes Stück Rindvieh — wir heißen diese Stier in der durch die gesamte Presse gehenden aufsehenerregenden Notiz für einen schweren Sachfehler, denn es würde das für jeden Tag des zweiten Vierteljahres ja die ungeheure Zahl von 4006 der öffentlichen Fleischbewirtschaftung entsagenden Stück Vieh bedeuten — nur auf Bayern allein beziffert, vielmehr auf ganz Deutschland. Lassen wir diese Stier in dem beschriebenen Ausmaße für das ganze Reich gelten — sie würden aber nicht unweitsichtig über sein —, so ergibt sich doch zunächst daraus, daß man auf dem Lande sich auch leicht von dem Vieh zu trennen vermag, sofern es nur ein flüchtiges Aufgeld abwirft. Wenn der Viehdirektor einer preußischen Provinzbehörde auf einige Monate ins Gefängnis muß wegen flotten Viehhandels, und in Verbannung der Oberbürgermeister, ein Stadtrat, der Schlachthausdirektor und ein Gonnaldirektor mit dem Straftatler Bekanntheit machten, weil sie eine geraume Zeit Fleisch und Wurk verbodenerweise bezogen haben, so sind das nur die ersten Striche von einem Schleichhandelsgemälde hohler Dimension.

Wir behaupten: Wäre der „patriotische Sinn“ der Landwirte — die rühmlichen Ausnahmen trotz ihres geringen Vorkommens gern anerkannt — nicht auf Substanz eingestellt, dann würde das Verbot von einer Überhöhung unserer Viehwirtschaft gar nicht so aufgehoben sein. Der Reichstagsabgeordnete Kester, der selbst Landwirt ist, verneinte sie neulich im „Leipziger Tageblatt“. Wir behaupten weiter: Würde die Viehwirtschaft beim Viehhandel und Viehschlachten mit obligater Fleischversorgung der Zahlungsfähigen nicht so groß sein, könnten ohne nennenswerte Mehrschlachtungen auf ordnungsgemäße Wege die fleischlosen Wochen wie die Rationverlängerung verhütet und gleichmäßig 250 g gegeben werden, wenn nicht mehr; auch an Fett wäre nicht der schreckliche Mangel. Ferner behaupten wir, daß die gekennzeichneten Maßnahmen der Ernährungsbehörden mit dazu führen, noch mehr Vieh schwarz zu schlachten — trotzdem der Bauer angeblich um die letzte Kuh aus seinem Stalle kämpft —, den Schleichhandel noch lippiger zu gestalten und die regelmäßigen Fleischhändler auch ferner auf zu verlegen. Andererseits ist zu erklären, daß der für die fleischlosen Wochen gebotene Ersatz mehr oder weniger quantitativ unzureichend und qualitativ durchaus ungenügend ist; daß weiter die Internierung rapide Fortschritte machen, die Sterblichkeit sich beträchtlich erhöht und die Arbeitsleistungsfähigkeit sich bedeutend vermindert wird. Die fleischlosen Wochen und die Verringerung der Fleischration werden zu arbeitslosen Wochen führen, d. h. daß vor Enttäuschung nicht gerettet werden kann, sondern ausgelacht werden muß. Der im Westen jetzt gefundene Ausweg einer Verhütung der Arbeitszeit ist nur ein Mittel; es werden sich weitere Erfordernisse einstellen. Ein System, das neben dem Heeresdienst und dem Hilfsdienst einen Ernährungsdienst von der gleichen Allgemeinheit und Straffheit nicht kennt, das vielmehr, wie der Wanderrichter Ruppert vom Kriegsernährungsamt im Juni d. J. in einer Leipziger Verammlung erkennen ließ, hier bewußtlos ist

Wahrum bestehen läßt, um — die Verdrängerung auf dem  
Markt nicht noch zu steigern, ein solches System mit  
zweierlei Gesicht: Rücksichtslosigkeit einer- und größte  
Rücksichtnahme andererseits, muß unheilvolle Folgen haben.  
Die Rückwirkung der schwerwiegenden Experimente jetzt in  
der Fleischverarbeitung wird zunächst auf die deutsche Pro-  
duktion sehr ungünstig sein; im übrigen weiß man nicht,  
was noch werden mag.

### □ □ □ Korrespondenzen □ □ □

**L. Düsseldorf.** In unserer Versammlung am 10. August wurde das Andenken zweier Kollegen (einer im Lazarett, einer in der Heimat gestorben) geehrt. Ein Kollege wurde zur Teilnahme befürwortet; drei mußten wegen Reisen ausgeschlossen werden. Der Bericht über Einführung der Feuerzuzulagen zeigte ein erfreuliches Bild. Eine Umrechnung von im Frühjahr gewährter Zulage hat nur eine Firma gemacht. Die Firma Döbler & Beschler glaubt für vorgegebene einhalb Stunden für freien Sonnabendnachmittag keine Feuerzuzulagen bezahlen zu brauchen und zog hierfür 38 Pf. ab. Das angeregte Schiedsgericht wird hierüber entscheiden. Die volle erste Woche ausbezahlt wurde von den Firmen: Eisfabrik, Fremding, M. Girardet & Co., Ernst Pauck, J. F. Schmidt und „Volkszeitung“. Außerdem wurde berichtet, daß die übrigen Personale aller Firmen ebenfalls mit Feuerzuzulagen bedacht wurden. Am besten haben wieder die Kollegen in den kleinen und mittleren Betrieben abgeschrieben. In der Versammlung wurde vom Vorsitzenden festgestellt, daß der Prüfungsausschub der Handwerkskammer für die Buchdruckerprüfung nicht sagen kann, weil — das Gehilfenmitglied nicht aufzuzählen ist! Am Schluß der Versammlung übermittelte der Vorsitzende dem Kollegen Eduard Benz für verträgliche Mitgliedschaft Glückwunsch, Diplom und Geschenk.

**Essen.** Inre am 11. August abgehaltene Monatsversammlung war gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken von zwei gefallenen Kollegen. Unter „Gedächtnisrede“ konnte berichtet werden, daß die Feuerzuzulagen anstandslos bezahlt wurden. Die Firmen Girardet, „Bergwerksgesellschaft“, Wöding & Müller gewährten auch für die vor dem 1. August liegenden Lohnstage den neuen Zuschlag. Die Firma Fredebeul & Noenen brachte außerdem ihre vierteljährliche Ertragszulage von 35 Mk. 25 Pf. letztmalig zur Auszahlung, dergleichen zahlte auch die Firma Reismann-Grono ihre vierteljährliche Ertragszulage von 100 Mk. Demgegenüber konnte das Verhalten der „Arbeitszeitung“ keine lobende Erwähnung finden, wenn auch zugesagt werden muß, daß es den beruflichen Interessen nicht an gutem Willen gebricht. Unter Punkt 2 fand die Ehrung der Kollegen Jakob Demmeler, Karl Cheri, Franz Kleemann, Joseph Leuter, Bruno Schmidt und Anton Buh (zur Zeit in russischer Gefangenschaft) statt. Die auf eine 25jährige Mitgliedschaft im Verbande zurückblicken. In erntlichen Worten lehrte der Vorsitzende die Kollegen die Tugend der Männer zur Organisation, zugleich bedauernd, daß uns die jetzige Zeit keine Ehrung nach buchdruckerlichem Brauch erlaube. Mit warmen Worten der Anerkennung durch Kollegen Albrecht schloß die kleine Feier. Der dann folgende Vortrag des Kollegen Albrecht über: „Die gegenwärtige Lage auf gewerblichem, tariflichem und organisatorischem Gebiet und unsere Aufgaben“, entrollte die ganze Misere unseres Gewerbes, das trotz oder vielmehr wegen seiner hohen kulturellen und — fördernden Eigenart nicht mitschloß in dieser furchtbaren Zeitperiode, wo nur die Herstellung von Granaten und sonstigen Kriegswerkzeuge Hauptbedürfnis ist. In großen Zügen gab der Redner auch ein Bild von der geleisteten Arbeit der Organisation für die Gehilfenarbeit auf tariflichem Gebiete sowohl wie im Unterstützungswesen. Der Schluß des Vortrages bildete ein Ausblick auf unsere Aufgaben in der Zeit der Übergangswirtschaft und später, die zu bewältigen die volle und hingebende Tätigkeit jedes einzelnen Mitgliedes erfordert. Reicher Beifall belohnte den Redner am Schluß seines Vortrages.

**T. Krefeld.** Inre letzte Monatsversammlung tagte am 10. August. Nach Erledigung der geschäftlichen Mitteilungen durch den Vorsitzenden ergriff Kollege Reyer den Kassenbericht, der ohne Ausprache zur Kenntnis genommen wurde. Die Versammlung erhob sofort die Entschädigungen für Vorstandstätigkeiten und den Ortsbeitrag um 10 Pf. pro Woche, nachdem ein Antrag auf Erhöhung des letzteren um 40 Pf. wöchentlich abgelehnt worden war. Unter „Tariflichem“ wurde bemängelt, daß nach dem Ableben des Herrn Worms den Gehilfen noch keine Mitteilung seitens der hiesigen Prinzipalsleitung zugegangen sei bezüglich der Verwaltung des Arbeitsnachweises. Eine Rundfrage ergab allseitige Einführung der neuen Feuerzuzulage.

**Wetzlar.** (Schriftleiter.) Eine vollständige Besuche Versammlung am 13. August ließ sich Bericht erstatten über die Einigungsverhandlungen in Sachen der Erhöhung der Feuerzuzulagen vor der Kriegsamtstelle. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Gehilfen und Prinzipale hatten seltener seit zu keinem befriedigenden Ergebnisse geführt und waren, nachdem die Prinzipale erklärt hatten, nicht mehr als 4 Mk. pro Woche und Gehilfen zuzulassen zu können, abgebrochen worden. Auf Grund eines Beschlusses der vorigen Versammlung hatte nun der Wetzlarer Gewerkschaftsverein die Kriegsamtstelle um Vermittlung ersucht, die diesbezügliche Sitzung fand am 12. August statt. Aus dem Bericht über diese Sitzung, der von den Kollegen Weinhardt und Gavorvortischer Engelbrecht

gegeben wurde, ist folgendes hervorzuheben: Die Arbeitsgeber im Schriftleitergewerbe sind von modernen Verhandlungsgelüste noch nicht so durchdrungen, wie es erfreulicherweise von vielen andern Prinzipalen konstatiert werden kann. Sie halten noch zu sehr an altübertragenen Einrichtungen fest. So wurde z. B. bei Beginn der Verhandlungen von einem der Prinzipale die Anwesenheit eines Gewerkschaftsbeamten und eines Schriftleiters beanstandet. Die Schriftleiterbestreuer, meinte er, seien gewöhnt, mit ihren Gehilfen allein zu verhandeln, die Gewerkschaftsleistungen würde eine unnütze Schärfe in die Debatte hineintragen. Zudem seien Schiedsgerichte, Arbeitserschüsse usw. vorhanden, welche die Angelegenheit sehr gut zu regeln in der Lage wären. Auch die Kompetenz der Kriegsamtstelle wurde angezweifelt. Von Gehilfenseite wurde hierauf erwidert, daß doch nicht dieselben Prinzipale, die im Schiedsgerichte saßen und unter deren Mitwirkung die Verhandlungen ein negatives Resultat gezeitigt hätten, nunmehr die Vermittlung übernehmen könnten. Inre Gewerkschaftsbeamten und -funktionäre seien überdies an maß- und faktisches Verhandeln gewöhnt und bestrebt, jedwede Schärfe zu vermeiden. Nach dem Vorschlag des Vorsitzenden, des Hauptmanns Regel, doch erst einmal einen Versuch zu machen, ob es möglich wäre, mit Aussicht auf Erfolg zu verhandeln, nahmen die Vertreter des Wetzlarer Gewerkschaftsvereins mit beratender Stimme an den Verhandlungen teil. Die Gehilfenvertreter hielten nun zunächst an ihrer ursprünglichen Forderung, die Feuerzuzulagen für alle Gehilfen auf 28 Mk. pro Woche zu erhöhen, fest. Demgegenüber erklärten die Prinzipale die Verhandlungen für zwecklos. Sie seien zwar bereit, ihr früheres Angebot von 4 Mk. auf 6 Mk. zu erhöhen und für allgemeine Einführung der Kinderzulagen, welche bis jetzt freiwillig Charakter trugen, Sorge tragen zu wollen, die Staffellung müsse jedoch wie bisher beibehalten werden. Nach reichlicher Erwägung und in Würdigung der gesamten Verhältnisse im Gewerbe lehnen die Gehilfen ihre Forderung fallen und verlangten nunmehr eine Erhöhung der Feuerzuzulagen für alle Staffeln um 12 Mk. wöchentlich. Aber auch dieser Forderung gegenüber verhielten sich die Arbeitsgeber strikt ablehnend und betrachteten ein weiteres Verhandeln als aussichtslos. Sie verwiesen auf die außerordentlichen Schwierigkeiten, mit denen das Gewerbe zu kämpfen habe, z. B. auf den Mangel an Aufträgen, auf die enorme Teuerung und schwierige Beschaffung des Metalls, auf die Weigerung der Buchdruckereibesitzer, angemessene Preise zu zahlen usw. Nach längerem Verhandeln kamen schließlich folgende Vereinbarungen zustande: 1. Die bisher gezahlte Feuerzuzulage wird mit Wirkung vom 1. August 1918 ab in allen Staffeln um 8 Mk. pro Woche und mit Wirkung vom 2. Dezember 1918 ab um weitere 2 Mk., also im ganzen um 10 Mk. pro Woche, erhöht. Die zugebilligten Erhöhungen werden erstmalig am ersten Lohnzahlungstag im August und Dezember ausgezahlt. 2. Der Feuerzuzuschlag soll im Verhältnis auch auf den Arbeitslohn berechnet werden. 3. Die bereits als verbindlich zugestandene Kinderbeihilfe in Höhe von wöchentlich 2 Mk. für jedes Kind bis zu 15 Jahren bleibt auch weiterhin bestehen. 4. Diese Vereinbarung gilt bis einschließend 31. März 1919. 5. Beide Parteien behalten sich die Herbeiführung der Zustimmung ihrer Mitglieder vor. Mitteilung der Zustimmung müsse binnen einer Woche an die Kriegsamtstelle erfolgen. Kollege Engelbrecht empfahl, in Anbetracht der gegenwärtigen schwierigen Situation in dem arg danteliegenden Schriftleitergewerbe, die Abmachungen in der vorliegenden Form anzunehmen. In der Debatte wurden die Zugeständnisse, die „weit hinter den Bewilligungen im Buchdruckgewerbe zurückblieben“, scharf kritisiert, besonders wurde die Dezemberzulage als gar zu winzig bezeichnet. Auch die Gültigkeitsdauer der Abmachungen wurde einer kritischen Beleuchtung unterzogen. Von fast allen Rednern wurde dem lebhaften Wunsch Ausdruck gegeben, Anschluß an die Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker zu suchen, sobald sich hierzu Gelegenheit bieten würde. Die Abmachungen wurden schließlich einstimmig angenommen. (Inzwischen haben auch die Prinzipale die Vereinbarungen akzeptiert.) Hierauf erledigte die Versammlung noch einige die Allgemeinheit weniger interessierende Angelegenheiten.

**Münster i. W.** In der am 14. Juli abgehaltenen Versammlung ergriff der Vorsitzende Meißner den Bericht über die Bezirksvorsteherkonferenz und die Tarifabschlussung. Das materielle Ergebnis der letzteren wurde von der Versammlung zwar nicht als vollwertiger Feuerzuzugleich angesehen, aber als eine willkommene Hilfe in dieser schweren Zeit bezeichnet. Den Gehilfenvertretern wurde für ihre Tätigkeit Dank und Anerkennung gezollt. — In der am 11. August stattgehabten Versammlung wurde von den Vertrauensleuten über die Einführung der Feuerzuzulagen berichtet. Das Resultat war zufriedenstellend: zu der allgemeinen glatten Einführung wurde über volle Auszahlung in der ersten Augustwoche und über Mehrbewilligungen zu den beschlossenen Sätzen berichtet. Die Herausgabe einer Festschrift zu der nach Kriegsende zu gebenden Feier des fünfzigjährigen Jubiläums unseres Ortsvereins wurde beschlossen, eines auf dem Felde der Ehre gefallenen und eines hier verstorbenen Kollegen noch ehrend gedacht.

**Kosloff.** Nachdem in der am 11. Juli abgehaltenen Versammlung in der Feuerzuzulagenangelegenheit noch kein klares Bild zu erlangen war, beschloß die am 8. August folgende Versammlung zu dieser Sache, an den Ortsvorstand und an den „Storr.“ folgende Entschädigung zu senden: „Der Ortsverein Kosloff kann in bezug auf die zugewiesenen in die Höhe geschickten Preise für Mehl, Eisen, Gas, Lebensmittel und sonstige Gegenstände des täglichen Bedarfs die Feuerzuzulage und deren Fort-

setzung bis zum Frühjahr nächsten Jahres als keine annähernd ausgleichende ansehen, erkennt aber die geleistete Arbeit der Gehilfenvertreter voll und ganz an.“ Weiter wurde beschlossen, dem Kollegen Anders, der 25 Jahre dem Verband angehört, ein Geschenk zu überreichen.

**Waldenburg i. Schl. (Vierteljahrsbericht.)** In der Maierversammlung wurden die Berichte über die Bezirks- und Ortskassen pro erstes Vierteljahr erstattet; erstere hatte einen Bestand von 2884,47 Mk. und letztere einen solchen von 115,87 Mk. Nach Abführung des Quartalsberichts und des Berichts über die Vorarbeiten zum Substanzum wurde das Andenken eines gefallenen Kollegen geehrt. — Die Junierversammlung, an der auch zwei sehr junge Kollegen sowie ein Kollege aus Gottesberger teilnahmen, hörte zunächst den Bericht des Kollegen Scholz (Regnitz) über die Würzburger Generalversammlung und erklärte sich mit seinen Ausführungen einstimmig einverstanden. Der Vorsitzende Köchel gab sodann Kenntnis von einem in Waldenburg verübten Denunziantenfischchen, indem beim Bezirkskommando die Einziehung eines Kollegen durch mehrere anonyme Schreiben gefordert wurde. — In der Julierversammlung, der ebenfalls wieder ein sehr junger und ein Gottesberger Kollege beizuhörten, wurde über den Stand der Bezirks- und Ortskassen für das zweite Vierteljahr berichtet, laut welchem die erste 2864,11 Mk. und die letztere 54,88 Mk. Bestand aufweisen. Der Vorsitzende gab sodann einige Erörterungen zur neuen Feuerzuzulage und der Aberschlussberechnung und verlas eine Zusammenfassung der Ausgaben für eine fünfköpfige und derjenigen für eine sechsköpfige Familie. Die Versammlung erklärte sich mit dem Ergebnisse der Verhandlungen im Tarifauschuss einverstanden, bemängelte aber das Zugeständnis der Gehilfenvertreter, bis zum nächsten Frühjahr nicht mit neuen Lohnforderungen an die Prinzipalität heranzutreten.

**Würzburg.** Die außerordentliche Generalversammlung am 10. August war wiederum sehr gut besucht, war sie doch die letzte unter dem Vorsitz unseres schiedenden Kollegen Kemmerich. Ihr voraus ging eine Ausstellung von Schülerarbeiten der hiesigen Fachschule für Buchdrucker. Fünf Ausnahmen wurden vollzogen. Die Genehmigung der Abrechnung für das zweite Quartal erfolgte ebenfalls. Die Einführung der erhöhten Feuerzuzulage konnte ausnahmslos von allen Druckereien gemeldet werden; zwei haben am 3. August die vollen 10 Mk. gewährt. Außerdem wurden die Beibringe um 50—100 Proz. aufgebessert und ebenso den Buchbindern und dem graphischen Hilfspersonal allgemein eine erhöhte Feuerzuzulage gewährt. An Stelle des Kollegen Kemmerich, der durch Worte des Dankes und der Anerkennung sowie Aberschluss eines entsprechenden Diploms geehrt wurde, rückte Kollege Matthias Schumacher, bisheriger zweiter, zum ersten Vorsitzenden vor. Heilige Angelegenheiten hielten die äußerst anregende Versammlung bis 11 1/2 Uhr hin.

**d. Zwickau.** Die Monatsversammlung am 3. August ehrte die nach der letzten Versammlung dem Weltkrieg zum Opfer gefallenen Kollegen und hörte einen Vortrag über die am 13. Juli in Chemnitz abgehaltene Versammlung mit dem Gehilfenvertreter Bogens über die Tarifabschlussung seitens des Kollegen Krasser. Die Ansprache hierüber zeitigte nachstehende, aus der Mitte der Versammlung eingegangene Resolution, die einstimmige Annahme fand: „Die heutige Monatsversammlung spricht den Gehilfenvertretern Dank für die geleistete Mühe und Arbeit anlässlich der Tarifverhandlungen aus, muß aber feststellen, daß die bewilligten Feuerzuzulagen bei weitem keinen Ausgleich schaffen, um der heftigen Teuerung gegenüber standhalten.“ Die Firmen „Sächsisches Volksblatt“ und Weinberger zahlten die neue Feuerzuzulage zum Einführungsdatum für die volle Woche, Förster & Borries zu zwei Dritteln. In Anrechnung kam noch, daß man auch der Beibringe gedenken solle.

### □ □ □ Rundschau □ □ □

**Von Buchdruckern im Krieg.** Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erhielt Kollege Paul Bickelich (Schwerin i. M.) als achtundneunzigstes das Eiserne Kreuz II. Klasse. Ferner erhielten die Auszeichnung II. Klasse: Otto Adamski und August Niemanns (Böhm), Karl Rohrl (Branischweig), Jean Köh (Darmstadt), Ludwig Kirken (Ablin), Albert Schmeier und Albert Diehl (Offenbach a. M.), Eward Friedlein (Hofenburg o. L.), Karl Pfug (Wittenberg) und Michael Reinköfer. 6189 Verbandskollegen haben somit das Eiserne Kreuz erhalten.

**Die Buchdrucker als Schwer- und Schwerearbeiter.** Auf eine Eingabe der Mitgliedschaft Nürnberg an den Stadtmagistrat um vermehrte Lebensmittelausstattung bzw. um Anerkennung als Schwerearbeiter, welche auch vom Vereine Nürnberg-Fürther Buchdruckereibesitzer mitunterzeichnet war, wurde den Geschickten mitgeteilt, daß dem Antrage keine Folge gegeben werden könne, weil dem Kommunalvorstande die notwendigen Vorräte fehlen. Inre Nürnberg Kollegen konnten demnach nur als Minder-schwerearbeiter in Betracht.

**Ferien!** Die Firma Franz Sublmann in Ablin sechs Tage und einen Ferienzuschuß von 40 Mk.

**Schreibmaschinenprüfungen in Berlin.** Anmeldungen der im Oktober anstehenden Beibringe: Scher, Drucker, Schreibmaschine, Galvanoplastiker und Gumpelbecker aus den Stadtteilen Berlin, Berlin-Neukölln, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf, Charlottenburg, Neukölln sowie

den Landkreisen Teltow und Nieder-Barnim nimmt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, Herr Buchdruckereibesitzer Alfred Forsberg, in Firma R. Düringshofen, Berlin NO 18, Richterberg Straße 17, entgegen. Bei der Anmeldung sind einzulegen: ein selbständig verfaßter und eigenhändig geschriebener Lebenslauf des Prüflings auf Reichsformatbogen, eine Bescheinigung des Lehrherrn, von wann bis wann die Lehrzeit währte, das Abgangszeugnis der Pflichtfortbildungsschule und die Prüfungsgebühr in Höhe von 6 Mk. (bei Überlegung durch die Post porto- und befehlsgeldfrei).

**Zeitungsjubiläum.** Die Bergische Verlagsgesellschaft in Wald beging am 16. August die Feier des fünfzigjährigen Bestehens ihres Zeitungsunternehmens. Aus Anlaß des Jubiläums hat der Verlag dieser Zeitungen eine Sammlung von Zeitungsnachrichten aus 50 Jahren herausgegeben, die an die wichtigsten Ereignisse im politischen, wirtschaftlichen und kommunalen Leben des Solinger Kreises während des vergangenen halben Jahrhunderts erinnern und deshalb von allgemein kulturgeschichtlichem Interesse für das bergische Land sind.

**Weitere Konzentration im Schriftlehrgewerbe.** Mit dem 1. Juli d. J. ist die Schriftlehre Wilhelm v. Maur in Stuttgart in den Besitz der Bauerischen Verlagsanstalt in Frankfurt a. M. übergegangen.

**Zeuerungszulagen für die Buchbindereibteilungen der Buchdruckereien und Geschäftsbücherfabriken in Berlin.** Der gegenwärtig geltende Tarif wurde um ein weiteres Jahr bis zum 31. Dezember 1919 mit viermonatiger Kündigung unter Gewährung folgender Zeuerungszulagen verlängert: Gehilfen erhalten ab 1. August einen Zuschlag von 10 Mk., ab 1. Dezember einen weiteren von 5 Mk. pro Woche, geübte Arbeiterinnen einen solchen von 7,50 bzw. 2,50 Mk., ungeübte 4 bzw. 2 Mk. Die bis jetzt gezahlte Kinderzulage von 2 Mk. pro Monat an die Arbeiterinnen fällt weg. Gehilfen und Arbeiterinnen im Akkordlohn haben Anspruch auf dieselbe Zeuerungszulage, Akkordarbeiterinnen erhalten außerdem für Handfalarbeiten einen Zuschlag von 33%, Proz. auf die Tarifpreise. Für Überstunden gelten dieselben Bestimmungen, die mit dem Verbande Berliner Buchbindereibesitzer festgelegt wurden.

**Der Verband der Lithographen, Steindrucker usw. im Jahre 1917.** In einem Rückblick über das verfloßene

Jahr hebt der Vorstand hervor, daß es gelungen ist, bestreits der Lohnerböhrungen bei den Steindruckern, zum Teil auch bei den Lithographen, gute Erfolge zu erzielen. Die Chemigraphen erlangten ihre Zulagen im allgemeinen durch Beschluß des Tarifamts, während im Lithographiegewerbe das Tarifamt im abgelaufenen Jahre noch nicht aktionsfähig war, somit von einer nennenswerten Verbesserung der Löhne der Lithographen bisher nicht gesprochen werden konnte. Nach Gehilfen in der Photographie war die Nachfrage groß, so daß es in dieser Branche verhältnismäßig leicht war, einen Ausgleich mit der Zeuerung zu finden. Ohne Arbeitseinstellung waren in 174 Fällen Bewegungen zu verzeichnen, und zwar in 114 Orten und 857 Betrieben mit 5667 Gehilfen. Streiks fanden im vorigen Jahre nicht statt. Die Mitgliederzahl des Verbandes ist von 5532 am Anfang des Jahres auf 5135 am Schlusse des Jahres 1917 zurückgegangen. Die Arbeitslosigkeit war sehr gering, insgesamt hatten sich 1089 Mitglieder gemeldet, welche 6718 Wochen arbeitslos waren. Trotz der verminderten Mitgliederzahl stieg die Zahl der Kranken von 1394 mit 7134 Krankenwochen auf 1923 mit 9604 Krankenwochen. Die Einnahmen betrugen im Berichtsjahre 313906 Mk., gegen 349687 Mk. im Vorjahre; die Ausgaben beliefen sich auf 297071, gegen 242223 im Jahre 1916. Für Arbeitslosenunterstützung wurden vorausgibt 12703,60 Mk. (gegen 19000,66 Mk. im Vorjahre); die Ausgabe für Krankenunterstützung betrug 64131,72 (34823,14) Mk. Der Jahresüberschuss ergab 16835, gegen 107464 Mk. im vorangegangenen Jahre. 415209 Mk. beträgt der Kassenbestand. Zu Beginn des Berichtsjahres hatte der Verband 1096 Mitglieder der Lehrlingsabteilung zu verzeichnen, am Schlusse des Jahres jedoch nur 924. Zum Schlusse legt der Bericht unrer Schwager vom Stein in bezug auf die gegenwärtigen Ernährungsschwierigkeiten und den hiernit im Zusammenhange stehenden drohenden körperlichen und geistlichen Zusammenbruch: Ohne den Verband wäre dieser Zusammenbruch für die Mehrzahl der Gehilfen längst erfolgt. Was wir daher für die Stärkung des Verbandes tun, das tun wir in letzter Linie für uns selbst.

**Die Zahl der Kriegsbeschädigten.** Nach Mitteilungen, die im Hauptauschusse des Reichsausschusses gemacht wurden, sind von den in den Lazarettten befindlichen Mannschaften 90 Proz. als diensttauglich, davon 70 Proz. als selbstdiensttauglich entlassen worden. Die Todesfälle in den Lazarettten

betrugen 1 bis 1,2 Proz. 629000 Mann wurden ab dauernd untauglich entlassen, davon sind 70000 verblümmte Blinde sind 1950 Mann vorhanden.

**Freie Bahn dem Tüchtigen!** In dem Dorfe Götzenbüren am Reinhardswald wurde der dortige langjährige Ortsdiener zum Bürgermeister der Gemeinde gewählt. Ein gewiß seltenes Ereignis, das, wenn in diesem Falle auch nur ein kleiner Ort in Frage kommt, doch den Beweis von der Tüchtigkeit eines niederen Beamten erbringt, der zu etwas Höherem geboren ist.

**Gestorben.**

In Bad Kreuznach am 15. August der Seher Friedrich Dreier von dort, 49 Jahre alt.  
In Braunschweig der Buchdruckereibesitzer Gustav Wenzel in Frankfurt a. M. am 8. August der Drucker Johann Götz aus Kassel, 53 Jahre alt - Lungenleiden.  
In Frankfurt a. d. O. am 17. August der Seher Otto Malke, 29 Jahre alt.

**Briefkasten.**

D. S. in M.: Auch während Jahre emsigen Durchringens mit unerbitterten Aufopferungen. Mühsen weiteren Erfolg zu schnelleren Erträgen nach dem Arge! Briefträger, daß der auch den freilichigen F. R. zum Opfer geordert hat. - A. W. aus R. P. "Pelle" einmal in Flauriau auf die Penajagd gehen würde, daß nicht einmal "der Chinese" in der "italienischen Bude" geglaubt, daß doch gewiß weiterfahren ist. Das gewünschte Gegenstück amoch zu berichtenden Vorhandenseins ist abgegangen. - H. S. aus C. G. wird das im September geschehen. Sie können da gewissermaßen das Borwort nehmen, wie in unwilligen wohl erhaltenem Bild illustriert werden ist. - C. H. in Kiel: Sofort abgehandelt. - F. H. in Bln.: Beschränkt dem höchsten Zeitungspostamt übermitteln. - G. W. in Meißner: 3,45 Mk.

**Verbandsnachrichten**  
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamißplatz 5 II.  
Fernsprecher: Amt Aurfürst, Nr. 1191.

**Frankfurt a. M.** Das Verbandsbuch Frankfurt Sellen 1977, ausgefüllt für den Drucker Johann Weichbach aus Oberrod, ist verloren gegangen. Dasselbe wird hierdurch für ungültig erklärt.

**Veranstaltungskalender.**

Besuch. Vertrauensmänneritzung Sonntag, den 1. September, nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Mühlhans am Schwanenmarkt.

**Schriftseher**  
für dauernd gesucht.  
„Areltsch“, Kanterbach (Oberhessen). [897]

**Schriftseher**  
ge such. [902]  
Kanns Erben,  
Berlin SW 63, Zimmerstraße 29.

**Tüchtige Werkseher**  
finden für das Berechnen sofort bei uns Stellung.  
Pierersche Holzbuchdruckerei,  
Altenburg (S.-M.). [876]

**Sandseher**  
**Maschinenmeister**  
**Korrekturabzieher**  
Sucht zu sofortigem Antritt und erbietet Angebot mit Angabe seiner Leistungen und mit Zeugnisabschriften 1906  
Druckerei-Gesellschaft „Berthold & Co.“,  
Samburg 23.

**Typographseher (B)**  
ge such. Angebote mit Wohnansprüche erbittet [868]  
„Bartensteiner Zeitung“,  
Bartenstein (Ostpr.).

**Typographseher**  
an neue B. und neue Universal-B. Maschine auf sofort gesucht. [576]  
C. R. Meißner & Söhne, Seber i. O.

**Typographseher**  
für Universal B findet Stellung.  
„Gaardbrüder Volkszeitung“,  
Gaardbrüchen. [875]

**Maschinenmeister**  
für Werldruck ge such. Angebote mit Gehaltsansprüche erbeten.  
Pierersche Holzbuchdruckerei,  
Altenburg (S.-M.).

**Maschinenmeister**  
mittelfrei oder leicht kriegsbeschädigt, suchen zu sofort [795]  
Frankenstein & Wagner,  
Leipzig, Lange Straße 14.

**Rotationsmaschinenmeister**  
mittelfrei [904]  
für eine ständige & dauerhafte vierseitige Rotationsmaschine ab 1. oder 15. September in dauernde Stellung gesucht.  
Zweig & Sohn, Buchdruckerei,  
Linsbach.

**Monotypseher**  
findet in einer größeren Druckerei Mitteldeutschlands dauernde Stellung. Angebote mit Angabe der Gehaltsansprüche an [400]  
Rugo Linke, Leipzig, Tobannisallee 4 I.

**Schriftseher**  
für unsere Hausdruckerei gesucht. [412]  
Pierersche Holzbuchdruckerei,  
Altenburg (S.-M.).

**Inzeratenseher**  
(eventuell Meister) sucht dauernde Stellung. Offerten mit Wohnangabe an Frau Derach, Bismarckstraße 2 I.  
**Monotypseher**  
mit langjähriger Praxis sucht sofort Stellung. Angebote an O. Schmidt bei Wwe. Medam, Leipzig, Friedrichstr. 9.

**„By Balloon“**  
Englische Fliegerabwürfe unter obiger Bezeichnung werden zu sammlerischen Zwecken zu kaufen gesucht. [883]  
Ingenieur Fr. Winkelmüller, Bonn.

**Wie soll ich zurichten?**  
Ein Reilabend z. Aufbau der Zurichtung in allen Druckarten auf Schnellpresse u. Siegel. 112 S., 22 Abb., 20 Taf., a. Stundendruck, geb. postfrei 2,10 Mk., ferner  
**Der Buchdrucker am „M-B“**  
Ein Ratgeber z. Einstellung des Universal-Bogenführers auf alle Papierarten; 93 S., 55 Abb., geb. 1,50 Mk., postfrei geg. Voreinsend. od. Nachn. v. Verf. M. Rauch, Stuttgart, Ludwigstraße 20.

**Graphische Fachklassen**  
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Auskünfte durch die Kunstgewerbeschule **Barmen.**

**Höntsche Typol**  
zum Waschen der Buch- und Steindruckwalzen und Schriftformen  
Probekantister 5 kg  
**Höntsche & Ko.**  
Chemische Werke  
Dresden-Niedersedlitz 43

**Verschleißbare Werkzeugkasten**  
sowie sämtliche Werkzeuge für Maschinenmeister empfiehlt Kollege Max Zeig, Leipzig-Glücksberg, Papiermühlstr. 5 II. Preisliste gratis.

**Die Verbandsausstellung**  
in Leipzig vom 1. bis 10. September 1919  
Das Verbandsmonument  
nimmt in Dresden - feiner Mittelstand  
das Verbandsmonument  
von der Jahres-Verbandsausstellung Leipzig 1914  
aus zu sehen ist. - Preis 100,- Mk. - Postfrei  
nach S. 1000 Leipzig, Salomonstraße 3.

**Sellenmappe** mit 100000 Einzeil. 200 S.  
C. Feil, Mainz, Mainstr. 90

Am 28. Juli fiel im Westen durch Granatplitzer-Kopfschuss unser lieber Kollege, der Seher **Fritz Reuther** aus Dammersleben. [911]  
Unser Bessen einer. Viele Jahre hat er seine Kraft und sein Können in den Dienst der Organisation gestellt. Mehrere Jahre gehörte er dem Vorstande des Ortsvereins als zweiter Vorsitzender an. Die Graphische Gesellschaft verliert in ihm ihren tüchtigen Helfer.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Der Ortsverein Magdeburg.  
Die Graphische Gesellschaft.  
Der Bezirksverein Magdeburg.  
Der Vorstand des Ortsvereins.

Am 17. August verstarb in einem hiesigen Hilfslazarett unser lieber junger Kollege, der Seher **Otto Küllermann** aus Schwanebeck. Mir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.  
Der Verbandskollege d. Firma S. S. Hermann, Magdeburg.

Am 17. August verstarb in einem hiesigen Hilfslazarett unser lieber junger Kollege, der Seher **Willi Kamm** aus Schwanebeck. Mir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.  
Der Verbandskollege d. Firma S. S. Hermann, Magdeburg.

Am 17. August verstarb in einem hiesigen Hilfslazarett unser lieber junger Kollege, der Seher **Willi Kamm** aus Schwanebeck. Mir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.  
Der Verbandskollege d. Firma S. S. Hermann, Magdeburg.

Als weitere Verluste des Krieges haben wir folgende liebe Kollegen zu beklagen: die Seher **Richard Dome** geboren in Berlin; **Paul Popp** geboren in Hannover; **Franz Meyer** geboren in Bismarck; **Kurt Söhne** geboren in Breitingen, Dresden; **Karl Reuther** gebor. in G. A. S. erga (Prov. Sachsen); **Joh. Max Seiffert** geboren in Bremen.  
Allen diesen braven Kollegen ist ein ehrendes Andenken bewahrt.  
[896]  
Bremer Buchdruckerverein.  
Die Spartenvereine Bremens.

Durch den Krieg wurden uns wieder drei liebe Kollegen entzissen. Am 25. Juli verstarb in einem hiesigen Lazarett der Drucker **Hermann Pelka** aus Bogschütz; am 26. Juli fiel der Seher **Erich Liebftanz** aus Breslau und der seit längerer Zeit vermisste Drucker **Hermann Wittig** aus Berlin wurde jetzt als gefallen erklärt.

Am 18. August verstarb nach längerem Leiden unser werter Mitglied, der Drucker **Alfred Ehrenberg** aus Breslau, im 30. Lebensjahr. Ehre ihrem Andenken!  
Ortsverein Breslau.  
Breslauer Buchdruckmaschinenmeisterverein.

Schon wieder hat der Krieg einen Kollegen von uns gefordert. Am 1. August erlitt durch Volkstreffender des Heidenhof der Seher **Willi Bonisch** aus S. H. Er war die einzige Stütze seiner blinden Eltern.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm.  
Die Kollegen der Firma Greven & Reichold, S. H.

Am 17. August verstarb in einem hiesigen Hilfslazarett unser lieber Kollege, der Seher **Adolf Grell** im 62. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
Das Personal der Frankfurter Sozialdruckerei

In dem Völkerringen fiel unser Mitglied. [898]  
**Wilhelm Bonisch**  
Seher aus S. H.  
Am 17. August verstarb unser Kollege, der Seher **Wilhelm Madex** aus Sacharach, im Alter von 46 Jahren.  
Wir werden das Andenken der Verstorbenen in Ehren halten.  
Ortsverein S. H.

Am 17. August entfiel uns der Tod unsern lieben Kollegen, den Seher **Otto Malke** im Alter von 29 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
Ortsverein Frankfurt a. d. O.

Am 18. August verschied plötzlich unser lieber Kollege, der Korrektor **August Janek** aus Freuden (S. M.). im Alter von 51 Jahren.  
Wir verlieren in ihm einen lieben, bescheidenen Kollegen.  
Ehre seinem Andenken!  
Ortsverein Bries.  
Bezirksverein Meisse.

Am 17. August verschied nach 120 tägiger Krankheit unser lieber Kollege, der Seher **Adolf Grell** aus Wiesbaden, 62 Jahre alt. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
Bezirksverein Frankfurt a. M.

Am 17. August verstarb in einem hiesigen Hilfslazarett unser lieber Kollege, der Seher **Adolf Grell** im 62. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
Das Personal der Frankfurter Sozialdruckerei

Am 17. August verstarb in einem hiesigen Hilfslazarett unser lieber Kollege, der Seher **Adolf Grell** im 62. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
Das Personal der Frankfurter Sozialdruckerei